

Traminitiative als willkommene Unterstützung

Stossrichtung deckt sich mit den Absichten des Regierungsrats

Ralph Schindel

Das Volksbegehren fordert eine neue Tramlinie über die Johanniterbrücke und den generellen Ausbau des Tramnetzes.

Nach Jahrzehnten des Stillstands ist das Tramsystem in der Region in Bewegung gekommen. «Die Situation ist dynamisch, zurzeit sind Investitionen von einer halben Milliarde Franken geplant oder angedacht», sagte Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels (SP) in der Debatte zur Traminitiative. Mit ihrer Forderung, dass das Tram in der Agglomeration die Hauptlast des Verkehrsaufkommens übernehmen soll, ziele die Initiative in die gleiche Richtung und sei deshalb eine willkommene Unterstützung.

Zur geforderten Tramlinie über die Johanniterbrücke sagte Wessels, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis analysiert werden müsse. «Wenn wir die Pläne aufeinander abstimmen, können wir auch Geld für Investitionen beim Bund abholen.» Wessels beantragte, dass die Traminitiative zur Berichterstattung an die Regierung zu überweisen sei.

linie im Gesetz. Dieses Thema, Geld vom Bund zu erhalten, sei verschlafen worden, kritisierte Eduard Rutschmann (SVP). Seine Partei und die LDP plädierten dafür, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen, «falls sie nicht der Regierung überwiesen wird», sagte Heiner Vischer. Er monierte zudem, dass eine Tramlinie nicht in einem Gesetz festgeschrieben werden solle. Die Initiative fordert dies für die Linie über die Johanniterbrücke.

Beide fürchteten, dass die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) bei einer entsprechenden Überweisung einen weitergehenden Gegenvorschlag ausarbeiten werde. Für die Überweisung an die Uvek setzten sich Mitinitiant Jörg Vitelli (SP) und Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis) ein. «Die Initiative hat einen Gegenvorschlag verdient», sagte Bernasconi. Vitelli hätte die Überweisung an die Uvek sympathisch gefunden.

Der Grosse Rat entschied sich aber zuerst mit 66 zu 12 Stimmen dafür, die Initiative der Regierung zur Berichterstattung und nicht an die Uvek zu überweisen. Danach wurde mit grossem Mehr gegen die Stimmen von LDP und SVP beschlossen, die Initiative nicht direkt dem Volk vorzulegen.